WPS - Vernunftkraft BW

1.Wirtschaftlichkeit / Subventionsbedarf

Wie bewerten Sie die langfristige Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen an Binnenlandstandorten in Baden-Württemberg, insbesondere vor dem Hintergrund der vergleichsweise geringen Volllaststunden und des damit verbundenen hohen Subventionsbedarfs? Welche Einschätzung haben Sie zur Tragfähigkeit eines Modells, das dauerhaft auf staatliche Fördermechanismen angewiesen ist?

Baden-Württemberg ist eines der windärmsten Bundesländer. Windkraft ist hier vielfach nicht wettbewerbsfähig und verursacht hohe Subventionslasten. Wir lehnen daher pauschale Flächenziele und erzwungene Windkraftausweitung ab. Die Kommunen und Bürger sollten selbst entscheiden, ob Windkraft vor Ort wirtschaftlich sinnvoll ist. Die FDP steht für technologieoffene, wirtschaftlich tragfähige und bürgerfreundliche Energiepolitik. Eine dauerhafte Förderung von Schwachwindstandorten mit Steuermitteln ist daher volkswirtschaftlich nicht vertretbar. Deshalb setzen wir uns für eine Abschaffung des Referenzertragsmodells ein, weil es eine Überförderung unwirtschaftlicher Standorte in Baden-Württemberg ermöglicht. Özdemirs Ankündigungen zur Einführung eines Südbonus bei der Ausschreibung von Windkraftanlagen lehnen wir dabei auch mit Blick auf die seit Jahren steigenden Förderkosten entschieden ab.

2. Versorgungssicherheit / Backup-Kapazitäten / Gesamtkosten

Wie beurteilen Sie die Rolle der Windenergie im Hinblick auf die Bereitstellung gesicherter Leistung, insbesondere in Zeiten geringer oder ausbleibender Windverfügbarkeit? Welche Formen von Backup-Kapazitäten halten Sie für notwendig, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, und wie bewerten Sie die Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems aus Windenergie und den dafür notwendigen Backup-Leistungen?

3. Netzstabilität / Netzausbaukosten

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen eines weiteren Ausbaus fluktuierender Einspeiser auf die Netzstabilität, und welche technischen oder regulatorischen Maßnahmen halten Sie für notwendig, um einen verlässlichen Netzbetrieb sicherzustellen? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die erheblichen Kosten des erforderlichen Netzausbaus, und welche Vorstellungen haben Sie dazu, wie diese langfristig finanziert werden sollen?

Frage 2. und 3. werden zusammen beantwortet.

Wir als Freie Demokraten fordern eine technologieoffene und für alle bezahlbare Energiepolitik, ganz nach unserem Slogan: „Zurück auf Vorwärts“.

In den vergangenen Jahren hat sich die Landespolitik zu stark auf unrealistische Ziele in der Klima- und Energiepolitik konzentriert. In der Folge sind Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit auf der Strecke geblieben. Das wird besonders bei den unrealistischen Windkraftzielen der Grünen und den zunehmenden Stromimporten bei Dunkelflauten erkennbar. Windenergie liefert keine gesicherte Leistung. Bei Windflauten müssen verlässliche Backup-Kapazitäten einspringen. Gleichzeitig erwarten Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft zu Recht, dass die Politik nicht den Ausbau von Energieprojekten aus politischem Kalkül ausbremsen oder gar rentable Anlagen rechtswidrig abschalten lassen.

Aus Versorgungsgründen setzen wir besonders kurzfristig auf den Zubau von Gaskraftwerken ein. Diese können mit Gas und perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden. Dieses Backup

ist unverzichtbar für ein versorgungssicheres und bezahlbares Stromsystem in Baden-Württemberg und in Kombination mit anderen Erzeugungsformen, Speichern und einem schlanken Netzausbau senkt die Kosten. Die technischen und regulatorischen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität werden in Baden-Württemberg vom Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW ausgeführt. Wir schließen uns der Forderung an, dass bis 2030 der Zubau von 6,5 GW Backup-Kraftwerken notwendig ist, um die Versorgungssicherheit zu erhalten. Beim Netzausbau stehen wir für einen volkswirtschaftlich sinnvollen Ausbau. Statt übertriebenen Elektrifizierungsfantasien braucht es einen realistischen Netzausbau. Wie es um die Kosten der Energiewende in Baden-Württemberg steht, müssen wir ehrlich benennen und gezielt gegensteuern. Deshalb müssen wir die Energiewende zuerst an ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen und an den Strompreisen für Haushalte und Unternehmen messen.

Zur Technologieoffenheit gehört für uns auch, dass sich das Land stärker bei der Erforschung neuartiger Kernreaktoren engagiert. So soll ein Innovationsfreudiges Umfeld geschaffen werden, sodass auch in Baden-Württemberg in Zukunft SMRs (Small Modular Reactor) entstehen können.

4. Natur- und Artenschutz

Wie stellen Sie sicher, dass beim Ausbau der Windenergie die Vorgaben des Natur- und Artenschutzes eingehalten werden, insbesondere im Hinblick auf kollisionsgefährdete Greifvogelarten sowie auf Fledermauspopulationen, die durch Schlagopfer oder Barotrauma betroffen sein können? Wie beurteilen Sie diesen Zielkonflikt zwischen einem forcierten Ausbau der Windkraft und dem Schutz dieser Arten, deren Bestandsrückgänge erhebliche Auswirkungen auf die Biodiversität hätten?

6. Windkraft im Wald / Ökologische Risiken / Brandgefahr

Wie bewerten Sie die Errichtung von Windenergieanlagen in Waldgebieten, insbesondere im Hinblick auf die Beeinträchtigung ökologisch sensibler Waldstrukturen, den Verlust zusammenhängender Lebensräume und Retensionsflächen für Trinkwasser, das erhöhte Risiko von Bränden. Welche Bedeutung messen Sie dem Schutz dieser Waldökosysteme im Rahmen eines forcierten Windkraftausbaus bei?

Frage 4. und 6. werden zusammen beantwortet.

Wir sehen die staatliche Vermarktungsoffensive für Windkraft im Staatsforst kritisch und fordern die Auflösung des Projekts „ForstBW Green Energy". Der Bau von Windkraftanlagen im Wald ist aus unserer Sicht besonders problematisch und sollte nur in absoluten Ausnahmefällen erfolgen. Wälder erfüllen vielfältige Funktionen: Sie sind Lebensraum für geschützte Arten, Retentionsflächen für Trinkwasser, CO_2-Speicher und Erholungsräume. Die Errichtung von Windkraftanlagen erfordert massive Eingriffe durch Rodungen, Wegebau und Fundamente, die diese Funktionen dauerhaft beeinträchtigen.

Der Schutz der Biodiversität spielt für uns eine zentrale Rolle. Die Bedenken zum Umgang mit bedrohten Tierarten wie dem Auerhuhn teilen wir daher ausdrücklich. Die Windkraft-Task Force haben wir 2024 als „nutzloses Gremium" kritisiert, das mehr Verwirrung als Effizienz bringt. Wir treten für ein erweitertes Mitspracherecht der Kommunen bei der Flächenausweisung ein – nur sie wissen, wo tatsächlich geeignete und sozial akzeptierte Flächen liegen. Zudem setzen wir uns für einen ehrlichen Diskurs über die Effizienz des Windradstandorts Baden-Württemberg ein. Dieser würde zeigen, dass Windkraft in küstenreichen Bundesländern deutlich effektiver

wäre als in unseren Wäldern. Die derzeitige Politik der Landesregierung schränkt die Bürgerbeteiligung ein und widerspricht der versprochenen „Politik des Gehörtwerdens".

5. Landschaftsbild, Erholungsräume und Tourismus

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen eines forcierten Ausbaus der Windenergie auf das Landschaftsbild, auf Erholungsräume und auf touristisch geprägte Regionen in Baden-Württemberg?

Als Freie Demokraten sind wir überzeugt, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nur dort erfolgen darf, wo er wirtschaftlich tragfähig ist und von der Bevölkerung akzeptiert wird. Für einen sozialverträglich gestalteten Ausbau in Baden-Württemberg setzen wir auf kommunale Selbstverwaltung statt politisch verordneter Ausbaupfade. Die Menschen vor Ort und die kommunalen Entscheidungsträger wissen am besten, ob ein Windkraftprojekt für ihre Stadt oder Gemeinde geeignet ist. Deshalb müssen die Kommunen mehr Entscheidungsbefugnisse bei solchen Projekten erhalten.

Windenergie muss an geeigneten, windstarken und wirtschaftlich sinnvollen Standorten entstehen – nicht „um jeden Preis". Kurze Abstände zu Menschen und Natur werfen zwingend Fragen zu Schall, Verschattung, Landschaftsbild und Gesundheitsschutz auf. Diese Fragen müssen sauber und transparent beantwortet werden, bevor Entscheidungen für oder gegen Windenergieanlagen in einer Kommune getroffen werden. Ebenso problematisch ist der Umgang mit der Öffentlichkeit. Betroffene Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig und umfassend informiert und beteiligt werden – nicht nur formal, sondern tatsächlich auf Augenhöhe. Eine Beschneidung der Bürgerbeteiligung darf es nicht geben. Eine Informationspolitik nach dem Motto „nur so viel wie unbedingt nötig" schadet der Akzeptanz und beschädigt das Vertrauen in Politik und Verwaltung.

7. Gesundheitliche Aspekte / Abstand

Wie beurteilen Sie den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Schall-, Infraschall- und Schatteneffekten von Windenergieanlagen, insbesondere im Hinblick auf bestehende Unsicherheiten und offene Forschungsfragen? Welche Bedeutung messen Sie dem Vorsorgeprinzip bei der Festlegung von Abständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung bei?

8. Schadstoffe / Materialeinsatz

Wie beurteilen Sie den Einsatz von Materialien wie PFAS-haltigen Beschichtungen oder Bisphenol-A in Rotorblättern von Windenergieanlagen, insbesondere im Hinblick auf Entsorgung, mögliche Grundwasserrisiken und weitere Umwelt- und Gesundheitsaspekte?

Frage 7. und 8. werden zusammen beantwortet.

Als Freie Demokraten sind wir überzeugt, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nur dort erfolgen darf, wo er wirtschaftlich tragfähig ist und von der Bevölkerung akzeptiert wird. Für einen sozialverträglich gestalteten Ausbau in Baden-Württemberg setzen wir auf kommunale Selbstverwaltung statt politisch verordneter Ausbaupfade. Die Menschen vor Ort und die kommunalen Entscheidungsträger wissen am besten, ob ein Windkraftprojekt für ihre Stadt oder Gemeinde geeignet ist. Deshalb müssen die Kommunen mehr Entscheidungsbefugnisse bei solchen Projekten erhalten.

Windenergie darf nicht „um jeden Preis" von oben verordnet werden. Kritisch sehen wir, dass die Landesregierung an geringen Abständen von 700 Metern zu Wohngebieten festhält, statt auf

größere Mindestabstände von etwa 1.000 Metern zu setzen. Ebenso problematisch ist der Umgang mit der Öffentlichkeit. Betroffene Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig und umfassend informiert und beteiligt werden – nicht nur formal, sondern tatsächlich auf Augenhöhe. Eine Beschneidung der Bürgerbeteiligung darf es nicht geben. Eine Informationspolitik nach dem Motto „nur so viel wie unbedingt nötig" schadet der Akzeptanz und beschädigt das Vertrauen in Politik und Verwaltung.

9. Rückbau und Haftung

Wie sollte aus Ihrer Sicht sichergestellt werden, dass Rückbau und vollständige Renaturierung von Windenergieanlagen am Ende der Betriebszeit finanziell abgesichert sind und nicht zu Lasten der Kommunen oder Grundstückseigentümer gehen?

Der Rückbau von Windenergieanlagen und die vollständige Renaturierung von Windkraftflächen am Ende der Betriebszeit müssen zu jedem Zeitpunkt vom Betreiber finanziell abgesichert werden. Der Rückbau darf nicht zu Lasten der Allgemeinheit, Kommunen oder Grundstückseigentümer ergehen.

10. Gesamtstrategie / Energiemix

Wie beurteilen Sie die weitere Ausrichtung der Energiewende in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund bereits hoher Strompreise und der damit verbundenen Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien? Welche Strategie verfolgen Sie, um eine verlässliche, bezahlbare und langfristig tragfähige Stromversorgung im Land sicherzustellen?

Wir Freie Demokraten wollen Strom wieder bezahlbar machen. Wir wollen eine Energiepolitik mit Sinn und Verstand. Ideologisch motivierte und teure Widersprüchlichkeiten beim Ausbau der Erneuerbaren wollen wir beenden und den Weg zu günstiger Energie bereiten. Den Ausbau erneuerbarer Energien denken wir volkswirtschaftlich und wollen ihn besser in Einklang bringen mit Menschen, Umwelt und Klima. Unsere Unternehmen sollen international wettbewerbsfähig sein. Hierfür brauchen sie sichere, saubere und bezahlbare Energie. Dies ist ein Grundbedürfnis nicht nur unserer Unternehmen.

Die Heimische Erzeugung von Energie ist wichtig, um Abhängigkeiten zu verringern. Dabei ist für uns die soziale Komponente von Erzeugungsanlagen von entscheidender Bedeutung. Als am dichtesten besiedeltes Bundesland müssen wir kompakt planen. Unser Land ist reich an Sonne und arm an Wind. Diese Erkenntnis ist für uns Grundlage beim Umgang mit Wind- und Solarenergie. Wir nutzen alle Chancen moderner Technik. Dazu gehören erneuerbare Energien, Wasserstoff, Speicherlösungen und auch neue Formen der Kernenergie und Kernfusion.